

Die politische und wirtschaftliche Lage in Nepal (April 2026)

Karl-Heinz Krämer

Das politische Ereignis des Jahres 2025 schlechthin war der Aufstand der Gen-Z vom 8. und 9. September 2025, als der jungen Generation des Landes - die Hälfte der Bevölkerung ist 25 und jünger - der Kragen platzte, nachdem die Oli-Regierung zusätzlich zu ihrer ohnehin verfehlten Politik auch noch eine stärkere Kontrolle der sozialen Medien durchsetzen wollte. Friedliche Demonstrationen am ersten Tag hiergegen sowie gegen die ausufernde und von den Parteispitzen gedeckte Korruption und Vetternwirtschaft und den Niedergang der Demokratie versuchte die Oli-Regierung mit brutaler Härte zu unterdrücken, wobei allein an diesem ersten Tag 19 Personen ums Leben kamen. Der hierfür politisch verantwortliche damalige Premierminister und sein Innenminister Lekhak wollen bis heute damit nichts zu tun gehabt haben. Die Antwort der Jugendbewegung am nächsten Tag war sinnlose Zerstörung öffentlichen und privaten Gutes, was dem ohnehin armen Land unvorstellbaren Schaden zufügte. Insgesamt kamen 77 Menschen bei dieser Revolte ums Leben und es gab tausende Verletzte.

Angesichts der Gewaltexzesse der revoltierenden Masse trat die Oli-Regierung geschlossen zurück. Viele der Spitzenpolitiker flohen oder begaben sich in der Schutz der Armee, die letztlich wieder für Ruhe und Ordnung sorgte. Die in Kooperation von Armee, Präsident Ram Chandra Paudel und Vertretern der Gen-Z eingesetzte Übergangsregierung unter Premierministerin Sushila Karki, einst Oberste Richterin des Landes, sah sich vor einer schier unlösbaren Aufgabe. Viele Forderungen der Gen-Z konnten angesichts des aufgelösten Parlaments gar nicht umgesetzt werden. So rückte die Regierung die am 5. März 2026 durchgeführten vorgezogenen Parlamentswahlen in den Vordergrund. Sushila Karki mag auch Fehler gemacht haben, aber man muss ihr und auch der Wahlkommission bescheinigen, dass die Wahlen sehr gut vorbereitet und durchgeführt wurden. Das Ergebnis zeigt nur zu deutlich, dass die Menschen das System, die Politik und vor allem die Politiker, welche die letzten zehn Jahre bestimmt haben, nicht mehr haben wollten. Die Wähler haben gesprochen und sie wollen einen grundlegenden Wandel.

Reaktionen der alten Parteien

Warum wurden die alten Parteien bei diesen Wahlen derart abgestraft? Da ist natürlich zunächst der ganz normale Abnutzungsprozess in einer Demokratie zu nennen. Diese Parteien hatten nach der Verabschiedung der heutigen Verfassung zehn Jahre Zeit, diese auch tatsächlich zu implementieren und die Demokratisierung und Entwicklung des Landes voranzutreiben. Leider war das Bestreben der Spitzenpolitiker von Anfang an vornehmlich an persönlichen Machtbestrebungen orientiert. Um dies zu erreichen, duldeten, förderten und deckten sie in immer stärkerem Maße Korruption und Vetternwirtschaft. Für die Kandidaten im Direktwahlssystem selektierten sie auch bei der jetzigen Wahl vornehmlich männliche Personen aus dem Kreis der Khas Arya, der sogenannten hohen Hindu-Kasten. Die Verfassungsvorschrift einer angemessenen sozialen Inklusion ignorierten sie schlicht und einfach ebenso wie die Einbeziehung der Parteibasis

bei diesen Nominierungen. Das PR-System gab ihnen eine weitere Option, Abgeordnete aus dem Kreis ihrer jeweiligen Klientel zu nominieren. Der Gedanke einer gesellschaftlichen Inklusion wird durch das augenblickliche und in vielerlei Hinsicht unzulängliche Wahlsystem ohnehin ad absurdum geführt. Ebenso ist noch zu erwähnen, dass das Gesetz zu den politischen Parteien den jeweiligen Parteivorsitzenden völlig undemokratische Macht zugesteht, die einen fruchtbaren Dialog und eine kritische Auseinandersetzung in den Parteien, die doch so wichtig für eine Demokratie sind, unmöglich macht. Schließlich muss auch noch auf die Praxis der Bildung von Wahlallianzen verwiesen werden, die in der Vergangenheit wiederholt funktionierten und ausschließlich dazu dienten, die Dominanz der alten etablierten Parteien zu erhalten. Nach den Wahlen hatten solche Allianzen in der Regel keine Bedeutung mehr und waren somit nichts anderes als Betrug am Wähler. Bei der jetzigen Wahl kam es zumindest zwischen den alten dominierenden Parteien nicht zu derartigen Allianzen. Auch dies schränkte ihre Chancen im Direktwahlsystem ein.

Die politisch bewussten Wähler hatten also ausreichend Grund, diese gescheiterten Parteien und Politiker nicht mehr zu wählen. Verschärft wurde dies aber noch weiter durch das Verhalten der alten Parteien und ihrer Spitzenpolitiker nach der Jugendrevolte. Sie alle wollten ihr Fehlverhalten nicht einsehen und tun dies zum Teil bis heute nicht. Sie glaubten nach kurzer Zeit, sie könnten so weitermachen wie bisher. Vor allem CPN (UML) und Nepali Congress (NC) versuchten die Wahlen zu verhindern, indem sie gerichtlich die Wiedereinsetzung des aufgelösten Parlaments durchsetzen wollten. Parteiinterne Reformen lehnten beide Parteien ab. Der Parteivorsitzende der UML, KP Oli, verstand es einmal mehr, mit der ihm zugestandenen Machtfülle die Dominanz seiner Klientel auf einem Parteitag im Dezember so zu manipulieren, dass Kritiker und Mahner keine Chance hatten und anschließend von Oli gnadenlos abgestraft wurden. Am Ende trat Oli mit seiner ihm noch hörigen Truppe zur Wahl an, die jetzt vom Wähler entsprechend abgestraft wurde. Viele Menschen waren zurecht der Meinung, dass sich Oli spätestens nach den Ereignissen vom vorigen September aus der Politik hätte zurückziehen müssen, eigentlich sogar schon viel früher. Aber dafür war sein Machtwahn wohl schon viel zu groß, wie seine größenwahnsinnige Prophezeiung, seine Partei werde 70 Prozent der Mandate erringen, erahnen ließ. Mit anderen Worten: KP Oli bettelte geradezu um die vernichtende direkte Niederlage gegen Balendra Shah im Wahlkreis Jhapa 5, die er jetzt erlitten hat, sowie um die demütigende Niederlage seiner Partei. Vermutlich hätte nach den Ereignissen vom September auch ein radikaler personeller, struktureller und ideologischer Umbau der Partei die Niederlage nicht mehr abwenden können, aber sie wäre vielleicht etwas milder ausgefallen.

Etwas anders verlief die Entwicklung beim NC. Dort hatte der langjährige Parteivorsitzende Sher Bahadur Deuba, der und dessen Frau während der Jugendrevolte körperlich attackiert worden waren, ähnlich wie Oli versucht, den Status Quo beizubehalten. Dabei hatte er sogar zeitweise über eine erneute Zusammenarbeit mit Oli nachgedacht. Eine parteiinterne Revolte, angezettelt von den beiden Generalsekretären Gagan Kumar Thapa und Bishwa Prakash Sharma, stürzte jedoch auf einem Sonderparteitag im Januar die lange Jahre so

dominante Faktion um Deuba. Anders als in der UML konnte sich also eine jüngere Generation an die Spitze der Partei setzen. Vermutlich war dies aber schon viel zu spät, um die alte Dame der nepalischen Politik wieder zu früherer Größe zu führen. Möglicherweise ist es aber dem kurzfristig anberaumten Reformansatz zu verdanken, dass der NC jetzt dennoch doppelt so viele Direktmandate erringen konnte wie die UML. Aber die zahlreichen Fehler und Schwächen des Systems Deuba wirkten wohl stärker. Auch ist bei der sehr kurzfristig vorgenommenen Aufstellung der Kandidaten noch kein wirklicher Wandel zu erkennen. Zwar wurden zahlreiche vormals führende Parteipolitiker nicht mehr berücksichtigt, doch war eine deutlich stärkere Beteiligung der jüngeren Generation ebenso wenig erkennbar wie die der Frauen, Dalits, Janajati, Muslime usw. Auch dürften die jetzigen Niederlagen der beiden neuen Spitzenpolitiker der Partei schwer wiegen. Aber nicht diese beiden sind verantwortlich für das Wahldesaster ihrer Partei, sondern das Deuba-Regime, das bis Anfang dieses Jahre die Politik der Partei dominierte und kontrollierte.

Einen anderen Weg verfolgte vor den Wahlen die ehemalige maoistische Partei, die sich jetzt Nepali Communist Party (NCP) nennt. Hierbei handelt es sich um den Zusammenschluss der ehemaligen CPN (Maoist Centre) von Pushpa Kamal Dahal mit zahlreichen kleineren kommunistischen oder maoistischen Splitterparteien. Dahal selbst nennt sich auch nicht mehr "Vorsitzender" sondern "Koordinator", doch hat dies an seinem dominanten Alleinbestimmungsanspruch nichts geändert. Vermutlich war sich Dahal bewusst, dass der Stern seiner maoistischen Bewegung weiter sinken würde. Die linken Parteien, die er zum Zusammenschluss mit seiner eigenen Partei bewegen konnte, mögen zwar zahlreich wirken, doch waren sie allesamt weitgehend unbedeutend. Die UML, die einen Zusammenschluss verweigerte, hätte das Wahlergebnis für die NCP vermutlich etwas besser aussehen lassen, doch hätte auch dies die Niederlage der Linken nicht verhindert, wie die Wahlergebnisse in beiden Wahlsystemen belegen. Im Gegensatz zu Deuba und Oli hat Dahal nicht versucht, die Wiedereinsetzung des aufgelösten Parlaments juristisch zu erzwingen. Vielleicht hat dies ja ein wenig dazu beigetragen, dass er jetzt wieder ein Direktmandat errungen hat, im einstigen maoistischen Kernland, wo die Menschen noch immer auf die versprochenen Verbesserungen ihrer Lebensumstände warten. Die maoistische Partei bzw. die jetzige NCP befindet sich seit dem großen Wahlerfolg im Jahre 2008 mit einem damals geradezu traumhaften Ergebnis in einem kontinuierlichen Verfall. Insgesamt nur 17 Mandate verschieben die Partei zunehmend in den Bereich der kleinen Parteien. Dahals einst revolutionäres Ansinnen ist gescheitert, aber er wird es nicht zugeben. Überhaupt muss man sich angesichts der herben Verluste aller linken Parteien fragen, ob der Kommunismus in Nepal an Bedeutung verloren hat.

Der Sieg der RSP

Die RSP trat bei den Wahlen von 2022 als gerade gegründete Partei an, gewann 7 Direktmandate und mit 10,7 Prozent der PR-Stimmen fast so viele Stimmen die das Maoist Centre. Obgleich ihr Parteivorsitzender Rabi Lamichhane immer wieder für negative Schlagzeilen sorgte - mal wegen fehlender nepalischer Staatsangehörigkeit, mal wegen

seiner vermuteten Verwicklungen in den Genossenschaftsskandal - ist die Partei jetzt der strahlende Sieger dieser Parlamentswahl und wird alleine regieren. Wie ist diese Entwicklung zu erklären?

Wahlergebnis vom 5. März 2026

Parties HoR	candidates	female candidates	male candidates	FPTP seats (165)	per cent	PR votes	per cent	PR seats (110)	seats total
Rastriya Swatantra Party	164	16	148	125	75.76	5183493	47.84	57	182
Nepali Congress	165	11	154	18	10.91	1759172	16.24	20	38
CPN (Unified Marxist-Leninist)	164	10	154	9	5.45	1455885	13.44	16	25
Nepali Communist Party	164	12	152	8	4.85	811577	7.49	9	17
Shram Sanskriti Party	109	7	102	3	1.82	385902	3.56	4	7
Rastriya Prajatantra Party	163	8	155	1	0.61	330684	3.05	4	5
Independents	1143	156	987	1	0.61	0	0.00	0	1
Other parties	1334	168	1165	0	0.00	908312	8.38		0
PR votes (of parties > 3%)						9926713			
Total	3406	388	3017	165	100.00	10835025	100	110	275

Veränderungen gegenüber der vorigen Wahl (2022)

Parties HoR	FPTP seats in 2022	difference in 2026	PR seats 2022	difference in 2026	total seats 2022	difference in 2026	per cent of PR votes 2022	difference in 2026
Rastriya Swatantra Party	7	118	13	44	20	162	10.70	37.14
Nepali Congress	57	-39	32	-12	89	-51	32.68	-16.44
CPN (Unified Marxist-Leninist)	44	-35	34	-18	78	-53	33.25	-19.81
Nepali Communist Party	18	-10	14	-5	32	-15	13.66	-6.17
Shram Sanskriti Party	0	3	0	4	0	7	0	3.56
Rastriya Prajatantra Party	7	-6	7	-3	14	-9	2.06	0.99
Independents	5	-4	0	0	5	-4		
Other parties	27	-27	10	-10	37	-37	7.21	1.17
PR votes (of parties > 3%)								
Total	165		110		275		100	

Die RSP ist schon vor dreieinhalb Jahren mit dem Anspruch angetreten, anders zu sein als die alten Parteien. Mit ihrem Symbol, der Glocke, wollte sie die Menschen wachrütteln. Dass dies 2022 bezüglich der Direktmandate nicht schon stärker gelang, lag wohl auch an der Manipulation der alten Parteien mit ihren fingierten Wahlallianzen, deren Aussagen dann nach den Wahlen missachtet wurden. Inwiefern ist diese Partei anders? Sie war ohne Zweifel schon 2022 jünger als die alten Parteien. Sie hatte auch unter den Direktkandidaten einen etwas höheren Frauenanteil, wenngleich dieser ebenfalls unter zehn Prozent blieb und bei weitem nicht die Anforderungen der Verfassung erfüllte. Vom Auftreten her aber gab sich die Partei stets einen dynamischen, fast jugendlichen Eindruck. Mit ihren vielen deutlich jüngeren Kandidaten repräsentierte sie bei den jetzigen Wahlen am ehesten die von der Gen-Z vorgetragenen Anliegen. Dies mag auch der Grund gewesen sein, dass die RSP leichter auf deren Forderungen eingehen konnte, dass sie den Eindruck vermittelte, sich mit deren Idealen zu identifizieren. Ein weiterer Schub erfolgte, als sich Balendra Shah, der inzwischen 36jährige Bürgermeister von Kathmandu, der Partei anschloss und rasch zu ihrem Aushängeschild aufstieg. Letzteres wurde erleichtert durch den Umstand, dass der Parteivorsitzende Rabi Lamichhane wegen seiner diversen laufenden Gerichtsverfahren nicht für ein Spitzenamt kandidieren konnte. So wurde Balendra Shah, ein Ingenieur und früherer populärer Rapper, zum erklärten Kandidaten seiner Partei für

das Amt des Premierministers. Mit seiner großen Popularität gab er der RSP weiteren Auftrieb und konnte es sich erlauben, gegen den ohnehin schwer angeschlagenen KP Oli in dessen traditionell sicher geglaubten Wahlbezirk Jhapa 5 anzutreten und ihn zu demütigen.

Aufgaben der RSP

In welchen Bereichen gibt es Nachholbedarf bei der siegreichen RSP? Die Partei wird im kommenden Sommer vier Jahre alt. Es gibt leider einige Bereiche, in denen sie bisher eine klare Aussage verweigert oder eine irritierende Ansicht an den Tag gelegt hat. Dies gilt beispielsweise für das Thema Föderalismus. In der Vergangenheit hat sich die RSP wiederholt dafür ausgesprochen, die Provinzen abzuschaffen und das politische System auf ein zweistufiges zu reduzieren: nationale und lokale Ebene. Bezeichnend hierfür war auch, dass sich die Partei 2022 nicht an den Wahlen zu den Provinzversammlungen beteiligt hat. Dabei ist das jetzige föderale System nicht gescheitert, wie seine Gegner so gerne behaupten, sondern es wurde schlichtweg nicht richtig implementiert, es wurde missverstanden und für die Machtpolitik der nationalen Parteieliten missbraucht. Angesichts der traditionellen Vernachlässigung so mancher Regionen des Landes und ihrer ungleichen ethnischen Gewichtung könnte ein funktionierendes föderales System zu einer besseren gesellschaftlichen Inklusion beitragen, anders als der zentralistisch gelenkte Staat der letzten 10 Jahre.

Auch der RSP mangelt es, ähnlich den alten Parteien, an einer angemessenen gesellschaftlichen Inklusion. Die RSP mag eine deutliche Verjüngung in der politischen Landschaft Nepals bewirkt haben, doch wird auch sie sehr stark von männlichen Angehörigen der Khas Arya - Kasten dominiert. Gleiches gilt für den leicht höheren Frauenanteil. Nur 16 der 164 Direktkandidaten der Partei waren weiblich, wovon 13 gewählt wurden, zum Teil in direkter Konkurrenz zu bekannten Politikern der Vergangenheit. Letzteres mag auch als Beleg für eine zunehmend stärkere Rolle von Frauen gewertet werden, wenn man sie dann lässt. Andere Gesellschaftsgruppen kommen auch in der RSP viel zu kurz, ganz besonders die Dalits, von denen es nur einen Kandidaten gab.

Der von der Verfassung geforderte Frauenanteil von 33 Prozent der Abgeordneten wird auch bei der RSP nur mittels der Nominierung über das PR-System sichergestellt. Dabei muss man berücksichtigen, dass die PR-Abgeordneten im Vergleich zu ihren direkt gewählten Kolleg*innen eine geringere Einschätzung genießen. Sie sind nicht über die Gunst der Wähler ins Parlament gelangt, sondern über die ihrer Parteispitzen. Sie müssen entscheiden, ob sie, wie angedacht, im Parlament die Interessen ihrer Gesellschaftsgruppen vertreten oder die ihrer Parteien. Außerdem sorgt die Weigerung aller Parteien, eine gesellschaftliche Inklusion auch bei der Aufstellung der Direktkandidaten zu berücksichtigen, dafür, dass Janajati, Dalits und Muslime weiterhin nicht annähernd angemessen im Parlament vertreten sind und es somit schwer haben, ihre gesellschaftlichen Anliegen zur Sprache zu bringen. Hier könnte das von der RSP dominierte Repräsentantenhaus zeigen, dass es zu notwendigen Korrekturen von Verfassung und Gesetzen bereit ist.

Mangelnde soziale Inklusion

Ethnicity HoR	FPTP	per cent census data 2021		PR	total	per cent
Khas/Arya	101	61.21	30.24	34	135	49.09
Janajati	26	15.76	28.72	30	56	20.36
Madheshi	28	16.97	16.15	17	45	16.36
Dalit	1	0.61	13.44	16	17	6.18
Tharu	5	3.03	6.52	7	12	4.36
Muslim	4	2.42	4.86	6	10	3.64
Total	165	100	100		275	100

PR seats per party	RSP	NC	CPN (UML)	NCP	SSP	RPP
Khas/Arya	17	6	5	3	1	2
Janajati	16	6	4	2	1	1
Madheshi	9	3	3	1	1	0
Dalit	8	3	2	2	1	0
Tharu	4	1	1	1	0	0
Muslim	3	1	1	0	0	1
Total	57	20	16	9	4	4

Gender	Candidates FPTP	Elected FPTP	per cent	Census data 2021	Elected PR	total	per cent
female	388	14	8.48	51.04	82	96	34.91
male	3017	151	91.52	48.96	28	179	65.09

Dies mag möglicherweise etwas verständlicher machen, dass sich die Partei in der Vergangenheit wiederholt für eine Rückkehr zum Hindustaat ausgesprochen hat, zumindest klang dies so an. Hier wird die Partei beweisen müssen, dass sie für die gesamte multiethnische und multikulturelle Gesellschaft des Landes da ist. Und dazu passt kein Hindustaat. Religion und Staat müssen getrennt bleiben, was auch bedeutet, dass der in der Verfassung genannte Säkularismus ganz wesentlich mehr sein muss als die dortige Interpretation, dass jeder Bürger ungehindert seine angestammte Religion und Kultur praktizieren darf. Letzteres verdient aber nicht die Bezeichnung "Säkularismus".

Abgesehen von den 1990er Jahren, als der von Fakkionalismus schwer gezeichnete NC zweimal eine theoretische absolute Mehrheit im ausschließlich direkt gewählten Parlament besaß, wird mit der RSP in Zukunft eine Partei alleine regieren können. Damit ist zumindest schon einmal eine Voraussetzung für bessere politische Stabilität gegeben. Aber es bedarf dazu noch mehr. Es wird vor allem darauf ankommen, dass und wie die zukünftige Regierung die zahlreichen Belange des Landes angeht, dass es nicht wieder bei leerem Geschwätz und Parolen bleibt, dass die Wirtschaft wieder angekurbelt wird, dass Arbeitsplätze im Land geschaffen werden, damit die Jugend nicht in der Arbeitsmigration verbrannt wird, dass Rechtsstaatlichkeit herrscht und die Menschenrechte gewahrt werden, dass endlich der Friedensprozess zu einem Abschluss kommt, dass Frauen, Dalits,

Janajati, Muslime und Madheshi die gleiche Chance auf Partizipation und die gleichen Rechte erhalten wie die männlichen Khas Arya, dass Natur und Umwelt geschützt und gewahrt bleiben und die Luftverschmutzung eingedämmt wird, dass das Staatsangehörigkeitsrecht und das Wahlrecht in einer für alle gerechten und gleichberechtigten Form reformiert wird, dass Nepal in dieser schwierigen globalen Situation einen Weg der Unabhängigkeit und Sicherheit im freundschaftlichen Verhältnis zu den Nachbarstaaten und in der Welt wahrt. Man könnte noch viele Dinge nennen. Dies alles sind Aufgaben, denen sich die zukünftige Regierung gewissenhaft stellen muss.

Sie zu bewältigen, wird nicht einfach sein. Viele Gesetze und Gesetzesänderungen bedürfen der Zustimmung beider Parlamentskammern. Aber in der Nationalversammlung ist die RSP gar nicht vertreten; hier dominieren die alten Parteien. Ganz besonders schwer dürften Verfassungsänderungen sein, obgleich einige dringend notwendig wären. Hier bedarf es sogar einer Zweidrittelmehrheit in beiden Parlamentskammern. Diese Erkenntnis dämpft zumindest allzu hohe Erwartungen.

Die neue Regierung hat in ihren ersten Tagen stürmisch losgelegt und sich dabei vor allem der Bekämpfung von Korruption und Verbrechen angenommen. Auch die Suche nach Schuldigen für die Exzesse der Jugendrevolte vom letzten September wurden auf der Grundlage des Berichts einer hierzu extra eingesetzten Kommission in Angriff genommen. Dieser Bericht wird aber stark kritisiert. Dennoch wurden selbst Oli und sein damaliger Innenminister Lekhak verhaftet und kamen erst nach Tagen auf Weisung des Obersten Gerichtshofes wieder frei. Obgleich kein Zweifel besteht, dass die Verantwortung dieser beiden Politiker juristisch geklärt werden sollte, muss die Regierung aufpassen, dass sie nicht den Eindruck von Racheaktionen erweckt.

Wirtschaftliche Lage

Mit Swarnim Wagle leitet jetzt ein renommierter Experte die Wirtschaftspolitik des Landes. Er findet eine seit Jahren mehr oder weniger unveränderte Situation vor: wachsendes Handelsdefizit, zunehmende Staatsverschuldung, kaum Arbeitsplätze im Land mit dem Ausweg der Arbeitsmigration usw. Über allem lasten die Folgen einer endlosen Korruption. Hier zeigt die junge Regierung zur Zeit ein hartes Durchgreifen und macht dabei auch vor höchsten Kreisen der Politik und der Wirtschaft nicht halt. Auch die ständigen Verzögerungen bei den Entwicklungsprojekten, insbesondere auch den sogenannten National Pride Projects, stellen die Regierung vor eine schwierige Aufgabe. Verschlimmert wird die wirtschaftliche Lage noch durch die Folgen des Iran-Kriegs. Die Preise eskalieren und es zeichnen sich Versorgungsengpässe ab.

Dies ist eine verkürzte und leicht aktualisierte Version zweier Artikel, die am [16. März](#) bzw. am [1. April 2026](#) auf [Khabarhub](#) veröffentlicht wurden.